

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 646 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, gedenkt des vor 60 Jahren verstorbenen Friedrich Ebert: Erst in unserer Zeit wurde wahr, was er erstrebte. Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB, Obmann im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, fordert die Bundesregierung auf, endlich währungspolitisch zu handeln: Gefährlicher Dollar-Boom. Seite 3

Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), verurteilt die Weltraum-Waffen-Pläne der USA: "Star wars" vergiften das Klima. Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, erinnert an das BVG-Urteil gegen die Fristenregelung vor zehn Jahren: Gegen eine Verschärfung des Paragraphen 218. Seite 6

40. Jahrgang / 38

25. Februar 1985

Zum 60. Todestag von Friedrich Ebert

Erst in unserer Zeit wurde wahr, was er erstrebte

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 28. Februar 1985 jährt sich der Todestag von Friedrich Ebert zum 60. Mal. Sein Tod vor 60 Jahren war ein schwerer Schlag für die junge, keineswegs gefestigte Weimarer Republik. Denn mit Friedrich Ebert trat ein Mann ab, dem es ganz wesentlich mit zu verdanken war, daß die Republik die ersten krisengeschüttelten Jahre ihrer Existenz überstanden hat.

Ebert hatte eine lange politische Laufbahn in der Gewerkschaftsbewegung und in der SPD hinter sich, als ihm Prinz Max von Baden am 9. November 1918 das Amt des Reichskanzlers übertrug. Mitten im politischen und militärischen Zusammenbruch der alten kaiserlichen Ordnung war der oberste Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie aufgerufen, das Ruder in die Hand zu nehmen. Diese Aufgabe war kaum zu lösen. Ebert entschied sich gegen die Revolution und für die Verteidigung der Ordnung, gegen die Rätebewegung und für die Nationalversammlung. Damit hat er die Ordnung zwar bewahrt, aber er hat einen schweren Preis dafür bezahlt.



Seine Politik entfremdete große Teile der Arbeiterschaft der Republik und machte das Bürgertum und die nationalen Rechte nicht zu ihrem Freund. Und obwohl Ebert, 1919 von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt, stets darum bemüht war, alle gesellschaftlichen Kräfte an die Republik heranzuführen und obwohl er größte Verdienste um die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände und der Reichseinheit, besonders beim Kapp-Putsch im Jahre 1923 erwarb, zog er den Haß der radikalen Linken wie den der radikalen Rechten auf sich.

Gerade für die nationale und völkische Rechte wurde Ebert zum Ziel einer unvorstellbar wüsten Hetze. Die Feststellung des Magdeburger Gerichts, Ebert habe im Zusammenhang mit dem Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 Landesverrat begangen, war der Höhepunkt dieser Kampagne. Wenige Wochen nach dem Urteil von Magdeburg war Ebert tot.

Man hat sich angewöhnt, Friedrich Eberts Grundauffassungen vom Vorrang der Ordnung, ja von der Erhaltenswürdigkeit der Monarchie auch noch im Jahre 1918 für falsch zu halten. Man hat ihm vorgeworfen, mit den tragenden Säulen der alten Ordnung, der Beamtenschaft, der Justiz und dem Militär zusammengearbeitet und damit Kräfte gefördert zu haben, die der Republik von vornherein nicht günstig gestimmt waren. Diese Kritik ist nicht leicht zu nehmen. Aber ihr Wert steht und fällt mit der Antwort auf die Frage, ob es in den Jahren nach 1918 eine realistische Alternative zu der Politik Friedrich Eberts gegeben hätte.

Der Weg, den Ebert einschlug, konnte nicht mehr sein als ein Versuch zum Aufbau einer Demokratie in Deutschland. Friedrich Ebert hat diesen Versuch gewagt. Daß er damit letzten Endes scheiterte, war nicht nur eine Tragödie für ihn selbst, sondern auch für seine Partei und sein Volk. Nach dem Scheitern der Republik mußten erst zwölf schlimme Jahre vergehen, mußte Deutschland erst durch die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hindurchgehen, bevor es in unserer Zeit gelang, auf deutschem Boden eine gefestigte Demokratie aufzubauen. Erst in unserer Generation wurde wahr, was Friedrich Ebert erstrebte. Wir alle, besonders aber die Sozialdemokraten, haben Anlaß, am 28. Februar 1985 Friedrich Ebert in Dankbarkeit zu gedenken. (-/25.2.1985/rs/ks)

+ + +



Gefährlicher Dollar-Boom

Die Bundesregierung muß endlich handeln

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die Devisenmärkte fiebern, die D-Mark fällt und fällt. Allein seit Jahresbeginn hat der Dollar 30 Pfennig gegenüber der D-Mark zugelegt. Doch die Bundesregierung geht in dieser zentralen währungs- und wirtschaftspolitischen Frage auf Tauchstation und der zuständige Finanzminister findet nicht statt. Dabei hat der amerikanische Präsident auf seiner jüngsten Pressekonferenz die Partnerstaaten der USA - inklusive der Bundesrepublik - in rüder Form wirtschaftspolitisch abgekanzelt: Mit dem Dollar gäbe es nur deshalb Probleme, weil die Partner sich unfähig gezeigt hätten, mit dem Wirtschaftswachstum in den USA Schritt zu halten.

Kein Wort verlor der Präsident zu dem anhaltenden Rekorddefizit in seinem Haushalt, das die Zinsen in den USA hochgetrieben hat und seit Jahren als Treibsatz für den Dollarkurs wirkt. Reagan denkt nicht im Traum daran, seinen haushalts- und währungspolitisch rücksichtslosen Kurs gegenüber den Partnerländern zu korregieren. Daß Kohl die Backpfeife des Präsidenten wegsteckt, ist nicht verwunderlich. Aber auch der Bundesfinanzminister, der genau weiß, daß Reagans währungspolitische Schuldzuweisung an die Bundesrepublik eine glatte Unverschämtheit ist, kuscht.

Dabei hatte Stoltenberg noch im Januar nach der Tagung der Fünfer-Gruppe des Weltwährungsfonds (USA, England, Bundesrepublik, Frankreich und Japan) die Übereinkunft gefeiert, nach der künftig ein abgestimmtes Verhalten der Fünf an den Devisenmärkten mehr Stabilität bringen sollte. Diese währungspolitische Übereinkunft erweist sich nach Reagans Pressekonferenz als wertloser Fetzen Papier. Spätestens jetzt müßte die Bundesregierung endlich handeln. Kanzler und Finanzminister sollten sich endlich auf die Hinterfüße stellen und die währungspolitisch unhaltbaren Behauptungen des Präsidenten zurückweisen sowie in einer abgestimmten Aktion mit den übrigen Geschädigten in Europa eine Kurskorrektur Reagans fordern.

Die Bundesbank hat recht, wenn sie auf sich allein gestellt, angesichts ihrer unzureichenden Möglichkeiten inzwischen die Interventionen am Devisenmarkt eingestellt hat. Ein weiterhin ungebremster Währungsimperialismus der USA wird den konjunkturell gefährlichen Zinssteigerungstrend in der Bundesrepublik verstärken und früher oder später zu unerwünschten Preissteigerungseffekten führen. Gerade die jetzt extreme Verbilligung unserer Exporte führt zu einer gefährlichen Verwundbarkeit unserer Wirtschaft. Das Stillhalten der Bundesregierung macht den rapiden Gewichtsverlust der Bundesrepublik in internationalen Wirtschaftsfragen deutlich. Helmut Schmidts Abgang schmerzt auch noch heute, wenn einem die hilflose Haltung der Bundesregierung unter einem Wirtschaftslaien als Kanzler bewußt wird.

(-/25.2.1985/rs/ks)

+ + +



"STAR-WARS" vergiftet politisches Klima

Alle Staaten haben das Recht auf gleiche Sicherheit

Von Monika Wulf-Mathies

Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Vor 40 Jahren näherte sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende. Er hinterließ verwüstete Kontinente und millionenfaches Leid. Ungeachtet unterschiedlicher Weltanschauungen gab es im Nachkriegsdeutschland einen breiten gesellschaftlichen Konsens: alles zu tun, damit nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht. Gegen Krieg und Militarismus, gegen alle antidemokratischen und totalitären Tendenzen vorzugehen, gehört zum Grundverständnis freier Gewerkschaften, wie der ÖTV. Der Zweite Weltkrieg ist für uns Mahnung und Verpflichtung.

Die Gründung freier Gewerkschaften, der Aufbau der Einheitsgewerkschaft als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik, ist für die ÖTV Anlaß, den 8. Mai als Tag der 40. Wiederkehr der Beendigung der Schreckensherrschaft der Nazis mit Selbstbewußtsein zu begehen. Eine hysterische Diskussion ist diesem Tag ebenso wenig angemessen, wie jubelnde Fanfarenstöße.

Als bleibende Mahnung gilt es, die Erinnerung an den Holocaust, die Vernichtung von sechs Millionen Juden, die Kriegsverbrechen eines unmenschlichen politischen Regimes, die Verfolgung von Gewerkschaftern und Demokraten und die Entfesselung eines Weltkriegs wachzuhalten.

Nie wieder bedeutet für uns, alles zu tun, um den Frieden nach außen und innen zu sichern. Soziale Demokratie, Schutz von Minderheiten, Kampf gegen Neonazismus und nationalen Größenwahn und Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit gehören ebenso dazu wie internationale Solidarität, Völkerverständigung und Abrüstung.

Deshalb sucht die ÖTV ohne Rechthaberei und Besserwisserei die Diskussion über Sicherheitspolitik, deshalb stellen wir kritische Fragen, deshalb bleiben wir unbequem gegenüber herrschenden Militärdoctrinen. Wir wollen Gefahren aufzeigen und damit Hilfen für die Politik geben.

Aus diesem Grunde hat die ÖTV jetzt eine Broschüre zur Sicherheitspolitik vorgestellt. Sie geht auf Forderungen und Beschlüsse unserer Gewerkschaftstages zurück und enthält neben der Wiedergabe gewerkschaftlicher Positionen Beiträge von Wissenschaftlern, Sachverständigen und Politikern aus unterschiedlichen politischen Lagern zu wichtigen Fragen der Sicherheitspolitik. Die Autoren dieser Broschüre liefern wichtige Denkansätze, aber sie sprechen nur für sich. Die Beschlüsse der Gewerkschaft ÖTV aber dokumentieren den Willen von Millionen Arbeitnehmern und ihren Familien.

Nach unserer Meinung haben alle Staaten Anspruch auf gleiche Sicherheit. Das Streben nach Überlegenheit verträgt sich damit nicht. Gleiche Sicherheit heißt gemeinsame Sicherheit. Sie läßt sich nur durch Verhandlungen zwischen den Blöcken, durch Zusammenarbeit und Vertrauensbildung erreichen. Die Wiederaufnahme von Gesprächen und Verhandlungen zwischen USA und UdSSR in Genf ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Er sollte in Stockholm ergänzt werden durch Kompromißwillen bei der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Die ÖTV ruft West und Ost dazu auf, alsbald einen Vertrag über Gewaltverzicht zu schließen. Er ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Auch die NATO hat die Pflicht, durch Gesten guten Willens dazu beizutragen.



Wir fordern den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, denn er ist unvereinbar mit Gewaltverzicht. Die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen ist menschenverachtend und zugleich illusionär. Eine Verteidigungspolitik, die bereit ist, eine nukleare Eskalation auszulösen, die die Zerstörung dessen in Kauf nimmt, was geschützt werden soll, ist unglaubwürdig und schreckt niemanden ab. Sie wird von immer weniger Menschen akzeptiert.

Einer Klimaverbesserung zwischen den Supermächten dient auch das Einfrieren der Atomwaffenpotentiale, eine Forderung, die die UNO schon seit 1982 erhebt. Da beide Seiten über zigfache Vernichtungskapazitäten verfügen, bringt weiterer Rüstungswettlauf keinen Zuwachs an Sicherheit. Im Gegenteil. Neue Waffentechnologien führen eher zu Destabilisierung.

Die ÖTV fordert daher einen sofortigen Stationierungsstopp auch im Interesse der an Stationierungsstandorten unmittelbar betroffenen Bevölkerung. Der Unfall mit der Pershing II auf der Heilbronner Waldheide hat schlagartig gezeigt, in welchen Gefahren wir alle leben. Hochrüstung gefährdet Leben auch in Friedenszeiten. Ein sofortiger Stationierungsstopp hat nichts mit Antiamerikanismus oder NATO-RAUS-Positionen zu tun. Wir wissen sehr wohl, daß es zur NATO auf absehbare Zeit keine Alternative gibt, daß Sicherheit nur in und mit den Bündnissen erreichbar ist.

Die Bundesregierung braucht aber keineswegs als Muster-Schüler der Allianz auftreten. Belgien, das entgegen den NATO-Doppelbeschluß bisher nicht stationiert hat, stellt deswegen auch nicht die NATO infrage. Sofortiger Stationierungsstopp: Das könnte zu Beginn der Genfer Verhandlungen eine sinnvolle Übereinkunft zwischen den Supermächten sein, um Verhandlungsergebnisse zu erleichtern.

Genf muß aber mehr als Rüstungskontrolle bringen. Wir erwarten endlich konkrete Abrüstungsschritte. Wir verlangen den Verzicht auf die Entwicklung neuer Waffentechnologien wie Weltraum- und Strahlenwaffen.

Die Bevölkerung wird bewußt irreführt, wenn behauptet wird, Weltraumwaffen dienen nur der Abwehr angreifender Raketen und damit der Erhöhung der Sicherheit. Wer so argumentiert, sagt nur die halbe Wahrheit. Weltraumwaffen sind nur dann wirkliche Defensivwaffen, wenn zugleich das Potential an Angriffsraketen verschrottet wird. Sonst entstünde die Horrorvision, daß es Staaten gibt, die gegen angreifende Raketen geschützt und unverwundbar sind, ihrerseits aber mit Raketen angreifen und drohen können. Eine einseitige Erhöhung der Defensivfähigkeit aber bedeutet nichts anderes als vollkommene Überlegenheit, Destabilisierung und fundamentale Verletzung des strategischen Gleichgewichtes.

Es kann deshalb nicht im Interesse der Bundesrepublik liegen, diese Entwicklung zu fördern, weil sie das Ost-West-Klima vergiftet. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen, die das Forschungsprogramm der Reagan-Administration zur Militarisierung des Weltraums unterstützen, schaden damit auch dem nationalen Interesse der Bundesrepublik.

Wer nur mit der technologischen Entwicklung im Weltraum Schritt halten will, kann das umfassend im zivilen Sektor tun, wie der Erfolg der Europa-Rakete Ariane beweist. Auch Japan als Hochtechnologie-Land hat sich seine Spitzenstellung in vielen Bereichen nicht über die Militärforschung errungen.

Die ÖTV fordert die Bundesregierung auf, ihre Position alsbald zu überdenken. Es muß die Politik der Bundesregierung bleiben, Druck auf beide Supermächte auszuüben. Es gibt keine friedlichen Raketen und keine friedlichen Weltraumwaffen. Nur echte Abrüstung kann den Teufelskreis militärstrategischer Zwänge durchbrechen. Unsere Lehre aus dem 8. Mai 1945 lautet Frieden und Entspannung. Wir wollen sie wieder verstärkt in die politische Diskussion einbringen.

{-/25.2.1985/rs/ks}

+ + +



Gegen eine Verschärfung des Paragraphen 218

Vor zehn Jahren erklärte das Bundesverfassungsgericht die Fristenregelung für verfassungswidrig

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Am 25. Februar 1975 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Fristenregelung für verfassungswidrig. Dieses Datum ist für die Frauen in der Bundesrepublik, wegen der neuerlichen Versuche, die bestehende Schwangerschaftsabbruchregelung zu verschlechtern, sehr wichtig. Es sollte Anlaß sein, gegenüber den Gegnern und Kritikern einer nach intensiven Diskussionen und harten Auseinandersetzungen gefundenen fortschrittlicheren und frauenfreundlicheren Gesetzesregelung deutlich zu machen, daß wir Frauen uns einen Rückfall in die Zeiten, in denen Kurpfuscher und Engelmacher ihr dunkles Geschäft mit der Not ungewollt schwangerer Frauen machten, nicht gefallen lassen.

Anfang der siebziger Jahre war der Kampf gegen den Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch, der Frauen zum Gang in die Illegalität zwang und sie zu Opfern skrupelloser Geschäftemacher werden ließ, Auftakt der Neuen Frauenbewegung. Auslöser der großen Protest- und Aktionswelle war die persönliche Betroffenheit. Frauen von "links" bis bürgerlich solidarisierten sich gegen eine frauenfeindliche Gesetzgebung.

"Ich habe abgetrieben", die Offenheit mit der sich bekannte und unbekannte Frauen an die Öffentlichkeit wandten, beeindruckte und hatte Konsequenzen. Die Auseinandersetzungen um die strafrechtliche Verfolgung von Frauen, die aus den unterschiedlichsten Gründen eine Schwangerschaft abbrechen, hat eine sehr lange Geschichte. Auch schon 1920 und 1925/26 befaßte sich der damalige Reichstag mit den betreffenden Strafgesetzbuchparagrafen. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen waren es, die einen Antrag auf Straffreiheit innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft stellten und die SPD war es auch 1971, die den Frauenprotest aufnahm und nach entsprechenden Parteitagsbeschlüssen eine Gesetzesinitiative startete. Die daraufhin vom Bundestag beschlossene Fristenregelung, die mit den Stimmen von SPD und FDP gegen die Ablehnung der Christdemokraten und Christsozialen durchgesetzt wurde, scheiterte am Urteil des Verfassungsgerichts. Die Verfassungsbeschwerde war von Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhoben worden.

Die heute gültige, vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Indikationsregelung, die mit all ihren Schwierigkeiten und Problemen immerhin eine ganze Reihe von Verbesserungen für die Frauen in der Bundesrepublik gebracht hat, stößt seit ihrer Verabschiedung auf erbitterten Widerstand in bestimmten Kreisen der Kirche und der CDU und CSU. Die Angriffe werden häufig genug mit unlauteren Mitteln geführt und stellen Frauen, die abgetrieben haben in eine Reihe mit Mördern/innen.

Insbesondere die Notlagenindikation ist den Gegnern des bestehenden Paragraph 218 ein Dorn im Auge. Die CSU hat sich mit ihrer jüngsten Initiative gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen an die Spitze der Gegenbewegung gestellt.

Der Schleichweg über die Finanzierungsfrage ist in höchstem Maße unsozial und trifft gerade diejenigen Frauen, die sich eine Privatbehandlung nicht leisten können.

Wir Sozialdemokratinnen meinen, daß ein Punkt erreicht ist, an dem die Frauen wieder stärker gegen die Manipulationsversuche der konservativen Seite vorgehen müssen. Wir dürfen uns eine Verschärfung der Abtreibungsregelung nicht gefallen lassen und müssen weiterhin dafür kämpfen, daß die bestehenden Ungerechtigkeiten beim Paragraph 218 abgebaut und Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, nicht als Verantwortungslose und Kriminelle verunglimpft werden.

(-/25.2.1985/rs/fr)

+ + +

